

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser!

Wenn Mobilfunk-Daten von über 320.000 Menschen, fast jedes zehnten erwachsenen Einwohners in Sachsen, erfasst werden, um eventuell einige paar mutmaßliche Gewalttäter ermitteln zu können, ist etwas faul im Freistaat. Und wenn weder Innen- noch Justizminister, ganz zu schweigen vom Ministerpräsidenten, anfangs grundsätzlich Anstoß daran nehmen, dass eine Million Handy-Daten gespeichert wurden, ohne dass es dafür eine rechtsstaatlich nachvollziehbare Begründung gibt, dann stehen Grundrechte auf dem Spiel – und müssen verteidigt werden!

Das Dresdner „Handygate“ rund um den 19. Februar ist die womöglich größte Ausspähaktion in der Geschichte der Bundesrepublik und ein massiver Rechtsbruch auf Kosten des Vertrauens der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden. Dieses Problem schafft man nicht dadurch aus der Welt, dass ein Dresdner Polizeipräsident mit der fadenscheinigen Begründung, es habe da interne Informationsdefizite gegeben, versetzt wird, obwohl er mit Sicherheit nicht der Hauptverantwortliche für dieses Datendesaster ist. Es war die Dresdner Staatsanwaltschaft, die bei Gericht den entsprechenden Antrag gestellt hat.

Die Methoden von Justizminister Martens, sich wegzuducken, und von Innenminister Ullig, nur zuzugeben, was bekannt wurde, sind gescheitert. Ein Sonderbericht des Datenschutzbeauftragten sollte für Aufklärung sorgen, und die Staatsregierung – allen voran der Ministerpräsident – muss dabei endlich aktiv mitwirken. Denn das, was sich im Februar abgespielt hat, darf sich nicht wiederholen!

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Es ist noch gar nicht lange her, da wusste ich mit dem Begriff Homophobie nichts anzufangen. Als Sportpolitikerin bekam ich jedoch schnell Nachhilfe, und zwar auf dem Fußballplatz, mit „schwulen“ Pässen und dem Schiri, der „schwulen Sau“. Diskriminierung, Homophobie und Sexismus sind auf deutschen Fußballplätzen keine Seltenheit. Um das mehr öffentlich zu machen und vor allem die Sportvereine dafür zu sensibilisieren, lud unsere Fraktion zur Podiumsdiskussion in den Landtag ein. „Kein aktiver Fußball-Profi hat sich bislang geoutet, obwohl statistisch gesehen jeder zehnte Mann schwul sein müsste“, rechnete Jörg Steinert vom Schwulen- und Lesbenverband Berlin vor. Die Gründe liegen auf der Hand: Toleranz gegenüber Schwulen und Lesben im Fußball – ja im Sport überhaupt – existiert wenig bis gar nicht. Im Frauenfußball scheint es leichter zu sein, mit der eigenen Sexualität umzugehen, auch wenn sich gerade mal zwei Nationalspielerinnen zu ihren Partnerinnen bekannt haben. Das wie-

Schwule Männer kicken nicht?!

derum mag am Klischee von der in die Männersportart eingedrungenen „Kampflesbe“ liegen... Gerd Wagner von der Koordinationsstelle Fanprojekte bei der Deutschen Sportjugend attestierte aber gerade dem Fußball, in der Frage weiter zu sein als andere Sportarten. Jedoch fehle es an Ansprechpartnern und der Verankerung in den Verbänden. Für Wagner bietet die Frauen-WM die Chance, offensiv mit dem Thema umzugehen. Nach einer Anhörung im April im Deutschen Bundestag bescheinigte MdB Dr. Barbara Höll der Politik jede Menge Nachholbedarf: „Das Interesse und das Engagement der Bundesregierung gehen nicht weit genug“, so Höll. Der Dresdener CSD hatte sich für 2011 ein sportliches Motto gegeben, worüber sich CSD-Koordinatorin Maike Chrystall besonders freut, spielte sie als Kind doch selber gern Fußball. Mit der Frauen-WM verbindet Chrystall die Möglichkeit, mit Klischees aufzuräumen und Debatten um Sexualität,

Homosexualität und Homophobie im Sport und in der Gesellschaft anzustoßen.

Podiumsgast Adam Bednarsky, Geschäftsführer des Fußballvereins „Roter Stern Leipzig“, unterstrich, dass Toleranz in den Vereinen gelebt werden müsse: „Es ist enorm wichtig, Spieler/innen, Übungsleiter/innen und vor allem auch die Eltern schon im Nachwuchsbereich und vor allem auch in den unteren Klassen mit einzu-beziehen.“ Ebenso wie bei den „Sternen“ steht auch bei der „Initiative für mehr gesellschaftliche Verantwortung im Breitensport – Fußball“ (IVF) der Kampf gegen Diskriminierung im Mittelpunkt. Wie das aussehen kann, war mit der IVF-Ausstellung „Strafraum Sachsen“ eine Woche lang auf unserer Fraktionsetage zu sehen. Zurück zum Frauenfußball, der in der BRD lange verboten war und der auch heute noch weit vom Stellenwert des Männerfußballs mit seinen fünfmal höheren Siegprämien entfernt ist. Ob sich die kickenden Mädchen und Frauen zu ihrer Weiblichkeit bekennen sollen oder nicht, ob sie sich für den Playboy ausziehen oder der Bravo verraten, dass sie nie ungeschminkt auflaufen, auch das wurde in unserer Runde kontrovers diskutiert. In einem aber waren sich alle einig: Im Sport zählt die Leistung, egal, wie und mit wem Mann/Frau lebt. Diese freie Entscheidung einer/s jeden Einzelnen muss respektiert und toleriert werden. Nicht nur im Sport, sondern in der gesamten Gesellschaft.



MdL Verena Meiwald,
Sprecherin für Sportpolitik



LINKE gedenken des 70. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion

Politiker/innen der LINKEN nahmen am 22. Juni 2011 in Leipzig am öffentlichen Gedenken anlässlich des 70. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion teil. MdB Barbara Höll und die MdL Volker Külow, Klaus Bartl und Kerstin Köditz (v.li.) legten am „Ehrenhain der Roten Armee“ auf dem Leipziger Ostfriedhof einen Kranz nieder und gedachten der 20 Millionen sowjetischen Opfer des Zweiten Weltkriegs. Im Rahmen der Gedenkveranstaltung am selben Tag ergriff der Fraktionsvorsitzende Dr. André Hahn das Wort und erinnerte auch an den Widerstand deutscher Antifaschisten, die sich unter Einsatz ihres Lebens an die Seite der UdSSR und ihrer Verbündeten gestellt hatten. An der Veran-

staltung nahmen neben dem Generalkonsul der Russischen Föderation in Leipzig, Vyacheslav A. Logutov, auch Veteranen der Roten Armee und des antifaschistischen Widerstandes teil.



Foto: DAK

Sachsen auf dem Weg zum Überwachungsstaat?

Die ausgedehnte Ausforschungs- und Überwachungsaktion rund um die Proteste gegen die Nazi-Demo vom 19. Februar bringt nahezu täglich neue Details ans Licht. Über eine Million Handydatensätze wurden gespeichert, Busunternehmer und Sanitäter wurden genötigt, ihre Fahrgäste bzw. betreute Personen zu denunzieren. Während die Koalition den Dresdner Datenskanal am liebsten im Sommerloch versenken würde, bemüht sich die demokratische Opposition um Aufklärung und erzwang bislang zwei Ausschuss-Sondersitzungen, samt der Befragung des Innen- und des Justizministers. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE beschaffte sich der Landtag am 29. Juni mit dem Thema. Die Aktuelle Debatte stand unter dem Titel „Bei Anruf Überwachung – die Verantwortung der Staatsregierung für das rechtswidrige Ausspähen von Handydaten am 19. Februar 2011 in Dresden.“ Nachfolgend Auszüge aus den LINKEN Redebeiträgen von Dr. André Hahn und Klaus Bartl.

Dr. André Hahn, Fraktionsvorsitzender: „Die Vorgänge, über die wir hier reden, sind keine normale Ermittlungstätigkeit von Polizei und Staatsanwaltschaft – wie die Staatsregierung zu suggerieren versucht. Es geht hier um die systematische Verletzung rechtsstaatlicher Kriterien sowie elementarer Grund- und Freiheitsrechte. Und dies können weder die Opposition noch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land widerstandslos hinnehmen. (...) Antifaschistisches Engagement und friedlicher Protest gegen Neonazis dürfen nicht kriminalisiert werden. Wir haben allen Grund, den Menschen, die sich am 13. und 19. Februar dieses Jahres in Dresden den Nazis friedlich entgegen gestellt haben, für ihren Einsatz und für ihr Engagement zu danken. (...)“

Nach dem, was wir bislang wissen, wurden allein in diesem Jahr bei so genannten Funkzellenüberwachungen bei Ermittlungen im Zusammenhang mit dem 19. Februar sowie wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung durch so genannte Funkzellenüberwachungen mehr als eine Millionen Datensätze erhoben. Erfasst wurden dabei nach jetzigem Kenntnisstand die Handy-Anschlüsse von mehr als 330.000 Bürgerinnen und Bürgern, das sind fast zehn Prozent der erwachsenen Menschen hier bei uns in Sachsen. (...) Die politische Verantwortung dafür tragen die Staatsminister für Inneres und Justiz, und es sind in Deutschland



Aufkleber aus der Kommunikationskampagne der Sächsischen Staatskanzlei anlässlich des Doppeljubiläums „20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ vom März 2010. Eine Million Aufkleber mit dieser und neun weiteren Textbotschaften wurden seit 2009 an Bildungseinrichtungen und rund 102.000 Karten in Restaurants und Kneipen verteilt.

Minister schon wegen weit geringerer Vorkommnisse von ihrem Amt zurückgetreten.“

Klaus Bartl, Rechtsexperte: „Sie wussten ganz genau, dass sich in dem Funkzellenabfragebereich nicht nur 12.000 Einwohner aus Dresden-Südvorstadt befanden, dass dort zig Unbeteiligte/mit dem Zug Durchreisende abgefasst wurden, und Sie wussten auch, dass Tausende von friedlichen

Demonstranten und soundso viel Berufsgeheimnisträger – Journalisten, Rechtsanwälte, Abgeordnete und dergleichen mehr – darunter sind, obwohl schon § 160 a StPO sagt, dass Sie die Maßnahme nicht einsetzen dürfen, wenn Sie wissen, dass Sie damit Berufsgeheimnisträger treffen. (...) Wir kur-

ven mit diesen Maßnahmen (...) in mehreren Grundrechten herum: im Fernmeldegeheimnis, im Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, in der Frage der Versammlungsfreiheit und letzten Endes auch in der der geschützten Rechte der Berufsgeheimnisträger. (...) Ich halte es für wirklich kaum nachvollziehbar, dass man jetzt mit

dieser Entlassung des Polizeipräsidenten von Dresden den Eindruck erweckt, dass die Verantwortungskette dort begonnen hat und dort endet. Das ist doch überhaupt nicht drin. Dass die Polizei, dass ein Kriminalist dazu neigt, dann das Instrumentarium auszuschöpfen, ist mir nachvollziehbar. Die Maßnahme wäre nie im Leben ergangen, wenn die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungsbefugnis wahrgenommen hätte und den Antrag nicht stellte, und sie wäre nicht ergangen, wenn der Richter ordnungsgemäß Verhältnismäßigkeit prüft und es nicht genehmigt. (...) Es geht um die Aufklärung der politischen und rechtlichen Verantwortung derer, die qua Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht für die Behörden im Freistaat Sachsen zuständig sind. Es geht um die Frage, inwieweit die Dimension der Überschreitung des Rechts und der Verfassungskonformität auch zu politischen Konsequenzen führen muss.“

DIE LINKE fordert, eine unabhängige Kommission unter Leitung des Sächsischen Datenschutzbeauftragten einzusetzen, die die in Rede stehenden Vorgänge untersucht und dem Landtag bis August einen Bericht darüber vorlegt. Des Weiteren wurde beantragt, dass die Staatsanwaltschaft umfassend Auskunft zur ihrer Ermittlungstätigkeit gibt und MdL Bartl hat eine Kleine Anfrage zum Einsatz von IMSI-Catchern (Handy-Abhörgeräte) eingereicht.

KOMMENTAR

Thierse hat Recht

Handygate – ein besseres Wort für die gigantische Ausspä-, Abhör- und Abfrageaktion vom Dresdner Februar 2011 gibt es nicht. Danke taz! Und danke Wolfgang Thierse! Du hast es am 19. Februar gleich gewusst: „Das ist sächsische Demokratie.“ Und prompt eine Anzeige kassiert. Der Chef desjenigen, der Dich seinerzeit wegen Beleidigung anzeigte, wurde strafversetzt – und ist jetzt vermutlich auch beleidigt. Ob die Produzenten der mehr als eine Million ungefragt abgegriffene Handydatensätze nur beleidigt oder ernsthaft sauer sind, wird vielleicht dann klar, wenn wiederum die Dresdner Polizei beleidigt ist, da sie mit dem Auswerten der Daten in Verzug gerät, weil zu viele mögliche Datenverursacher wissen wollen, ob ihre Daten mit im Datenpaket der verdeckten Datensammler stecken. Also ist zurzeit irgendwie jeder beleidigt. Nur Ministerpräsident Tillich nicht. Der ist besorgt. Wenn auch nicht wegen der rechtsfraglichen Überwachung Hunderttausender Menschen, sondern wegen des guten Rufes Sachsens. Auch das ist „dübisches Saggns“. Thierse hat Recht!“

Schwarz-Gelb macht Landesbehörden zum Wanderzirkus

Die von der Koalition geplante „Neuordnung“ der sächsischen Verwaltung ist höchst umstritten und wird landläufig bereits als Behördenmonopoly verspottet. Da erhebliche Zweifel am propagierten Einspareffekt des bevorstehenden Wanderzirkus der Behörden bestehen, beantragte DIE LINKE eine Überprüfung der Reformpläne durch den Landesrechnungshof (*Drucksache 5/6048*). **Innenexperte Rico Gebhardt** warf der Staatsregierung „unerträgliche Arroganz“ vor und prophezeite, dass „die suggerierten Einsparungen durch die Bediensteten geleistet werden, die dann die Straßen Sachsens intensiv kennenlernen werden, wenn sie täglich Kilometer fressend quer durch Sachsen zu ihren zukünftigen Dienststandorten fahren.“

Zahlreiche Behörden Sachsens, darunter Gerichte, Staatsanwaltschaften und die Sächsische Aufbaubank, haben sich unterdessen an ihre Fachminister und Ministerpräsident Tillschlich gewandt und erklärt, dass neben der unzugsbedingten Belastung der Behördenmitarbeiter/innen auch die Bürger/innen Nachteile zu erleiden hätten. „Aber natürlich ist es der Staatsregierung völlig egal, was die Fachinstitutionen an Kritik und Einwänden vortragen“, kommentierte Gebhardt. Anhand eines Schreibens von FDP-Wirtschaftsminister Morlok konnte Gebhardt belegen, dass die Regierung nie die Absicht hatte, die betroffenen Behörden zur Sache anzuhören. Schon am 30. März und damit noch vor der Veröffentlichung des Umzugsbeschlusses, schrieb Morlok an den Personalrat des Straßen-

bauamtes Chemnitz: „Die von Ihnen angesprochene Möglichkeit, die Standortkonzeption noch einmal zu überdenken, sehe ich nach dem Kabinettsbeschluss nicht.“

Weder in Sachen „Staatsmodernisierung“ noch bei der geplanten Umstrukturierung der Polizei wurden die Betroffenen ausreichend in die Entscheidungsfindung einbezogen. „Ich frage mich: Was treiben Sie eigentlich in Ihren Ministerien? Machen Sie strukturelle Planungen

nach Tageslage? Ist ihnen das Fachpersonal im Rahmen ihrer ‚Sparorgien‘ ausgegangen? Oder sind ihnen der Freistaat, seine Bürgerinnen und Bürger und ihre Bediensteten einfach nur egal?“, fragte Rico Gebhardt und attestierte der Regierung eine „völlig visionslose und sinnentleerte Sparpolitik“, die in ihrer Eindimensionalität fatal an die angeblich „alternativlose Funktional- und Verwaltungsreform“ erinnert, deren Nutzen bis heute nicht nachgewiesen werden konnte. Ein solches Desaster

zu verhindern, wollte DIE LINKE wissen, ob und in welcher Höhe Einsparungen im Rahmen der Neuordnung von Standorten zu erwarten sind, ob und wie sich die Qualität der behördlichen Aufgabenerfüllung verändern wird und welche Auswirkungen das auf die Bürger/innen haben wird. Das zur Beantwortung dieser Fragen beantragte Rechnungshofgutachten lehnte die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit ab und erwies sich einmal mehr als bürgerfern und undemokratisch.



Europa im Nebel

DIE LINKE forderte in der Plenardebatte am 29. Juni von der Staatsregierung, das Parlament in europarelevante Entscheidungen einzubeziehen und umfassend über EU-Themen zu unterrichten (*Drs 5/5656*). All das geschehe bereits, so die Staatsregierung. Das Parlament bleibt außen vor, so DIE LINKE. „Was gerade in der gegenwärtigen Krisensituation, die im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise zum Ausbruch kam und sich nun als

sog. Schuldenkrise zeigt“, äußert fatal ist, so der **Europaexperte der LINKEN, Heiko Kosel**.

Der Antrag der LINKEN zielte darauf ab, von der Staatsregierung zu erfahren, „wie sie gedenkt, sich in dieser neuen Perspektive zu präsentieren, bzw. wie sie sich seit Inkrafttreten des Lissabonvertrages präsentiert hat. Eine Regierungserklärung dazu war zuvor mit Verweis auf das strategische Grundsatzpapier „Sachsen 2020 – Wegweiser für

unseren Freistaat“ vom April 2009“ abgelehnt worden. Das fand Kosel „grotesk“, da besagtes Papier kaum Europabezüge aufzuweisen hat und veraltet ist. Im Verlauf seiner Rede nahm der Europapolitiker Kosel die Leitinitiativen der Regierung auseinander und konstatierte: Wir hätten erwartet, „dass die Staatsregierung bspw. die Schlüsselthemen der Leitinitiative 1, wie Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz oder demographischer Wandel, aufgreift und deren konkrete Umsetzung – oder im Zweifel auch Nicht-Umsetzung – erklärt und begründet. Stattdessen wird allge-

mein und nichtssagend geantwortet. Wir als Landtagsabgeordnete wollen und müssen wissen, welche konkreten Projekte die Staatsregierung mit welchen Absichten in der Brüssel aktuell verfolgt bzw. in der Vergangenheit verfolgt hat. Nicht stückchenweise Information, sondern eine Gesamtdarstellung ist nötig, um eine Übersicht zu erhalten, die es auch ermöglicht, Teilaktivitäten, wie sie dann in EU-Gesetzesvorlagen unter Umständen reflektiert werden, richtig zu beurteilen“, forderte Kosel. Der Antrag der LINKEN wurde abgelehnt, Sachsens Europapolitik bleibt im Nebel.





Es war im April 2000, als Großmütter und Großväter aus dem kleinen vogtländischen Tannenbergtal auf eine wegere Idee kamen: Um ihren Enkeln die Schule im Ort zu sichern, meldeten sie sich kurzerhand für die neu zu bildende 5. Klasse an und trieben die Schulanmeldezahl zumindest kurzfristig in eine schulbestandsfeste Höhe. Fast gleichzeitig besetzten empörte Eltern die von Schließung bedrohte Schule in Dresden-Niederpoyritz. Auf Initiative aus unseren Reihen reiste eine Abordnung der lebensweisen Tannenbergtaler zu den Dresdner Schulbesetzern und legte damit den Grundstein für die bis heute sehr lebendigen Schulinitiativtreffen – und, nebenbei bemerkt – auch für die erste gemeinsame Aktion der damaligen PDS- und SPD-Fraktion.

Viele Erfolge ...

Seither haben sich die Schulinitiativtreffen unter Federführung der Fraktion DIE LINKE zur festen Institution gemauert, in elf Jahren gab

es 40 Veranstaltungen, wuchs der Teilnehmerkreis ebenso beständig wie das Spektrum der Fachthemen. Kurzum: Die Fraktion DIE LINKE etablierte sich zur guten Adresse für bildungspolitischen Erfahrungsaustausch und die Vernetzung von Landes- und Kommunalpolitiker/innen, Eltern, Lehrkräften und Schülervertretungen aus ganz Sachsen. Und das Agieren der Schulinitiativtreffen blieb nicht folgenlos. Auf der „Habenseite“ stehen u. a. erfolgreiche Bürgerentscheide gegen Schulschließung, die Volksgesetzinitiativen „Zukunft braucht Schule“ und „Kurze Wege für kurze Beine“, die Zulassung der Mittelschule in Geithain als 1. Gemeinschaftsschule Sachsens und das Projekt „Konzept inklusive Schule am Beispiel der Grundschule Arzberg“. Als die Bildungsaktiven kürzlich zum 40. Mal zusammenkamen, hatte DIE LINKE anlässlich des „kleinen Jubiläums“ in einem Flyer alle Themen zusammengefasst, die bei den Schulinitiativtreffen innerhalb der letzten elf Jahre auf der Agenda standen.

Dabei fiel nicht nur beachtliche Themenvielfalt auf, auch die Klasse der Referenten aus Wissenschaft und Praxis kann sich sehen lassen!

... und noch viel zu tun

Beim 40. Treffen Mitte Juni ging es nun konkret um Schulsozialarbeit. Das Thema ist brandaktuell und für DIE LINKE steht fest: Sozialarbeiter/innen gehören an jede Schule! Von Gabriele Heide, einer Sozialarbeiterin aus Leipzig, erfuhren wir aus erster Hand, warum die Arbeit mit „verhaltensinteressanten“ Schüler/innen unabdingbar ist und dass der Erziehungsbedarf an den Schulen beständig wächst. Frau Heide machte deutlich, dass der Bildungsauftrag der Schule nur in Verzahnung mit dem Erziehungsauftrag erfüllt werden kann. Lehrkräfte, so Heide, brauchen die Kooperation mit den Sozialarbeiter/innen auch, um individuelle Förderbedarfe zu diagnostizieren und sich auf ein Bindeglied zwischen Schule, Elternhaus und Sozialhilfeeinrichtung stützen zu können. Die Teilnehmer

der interessanten Veranstaltung unterstrichen die hohe Wertigkeit von Schulsozialarbeit und sehen den Staat in der Pflicht. Nicht nur, aber auch mit einer adäquaten Finanzierung von flächendeckender Schulsozialarbeit. Die Schulinitiativen erwarten, dass die Staatsregierung die öffentliche Anhörung zu diesem Thema – am 30. September 2011 ab 10 Uhr im Plenarsaal des Sächsischen Landtags in Dresden – zum Anlass nimmt, sich die Vorschläge der Fachgutachter zu eigen zu machen, und infolge dessen die Forderung nach einem/r Sozialarbeiter/in für jede Schule umsetzt.

MdL
Andrea Roth,
Bürgerbeauftragte und
Sprecherin
für direkte
Demokratie



Mitmachen? Mitmachen!

Heike Werner, Sprecherin für Familienpolitik der Landtagsfraktion DIE LINKE, hat gemeinsam mit mehreren Mitstreiter/innen eine Arbeitsgruppe zum „Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung“ auf den Weg gebracht. „Das Projekt ist direkte Folge unserer Dialog- und Sozialtour, in der das Bildungs- und Teilhabepaket – bzw. die Probleme damit – eine herausragende Rolle spielte. Wir wollen nun Informationen dazu sammeln, auch um uns als Auskunftsstelle zu etablieren und Initiativen vorbereiten zu können. Dazu brauchen wir weitere engagierte Männer und Frauen und vor allem Informationen und Fallbeispiele aus den Kommunen“, lädt MdL Heike Werner interessierte

Mitstreiter/innen, auch und vor allem aus dem Kommunalbereich, herzlich zur Mitarbeit ein.

Infos und Kontakt bitte per Mail an: heike.werner@slt.sachsen.de.



In der letzten Plenaretappe vor der Sommerpause standen drei **Gesetzentwürfe** der Fraktion DIE LINKE auf der Tagesordnung:

1. Lesung: Gesetz über die Bestellung von hauptamtlichen kommunalen Beauftragten für Fragen der Migrationsgesellschaft (**Migrationsbeauftragte**)“ (*Drucksache 5/5934; Weiterbehandlung im Herbst 2011*)

1. Lesung: „Gesetz zur Anpassung der **Wegstreckenentschädigungen für Dienstreisen in Sachsen**“ (*Drucksache 5/6150; Weiterbehandlung im Herbst 2011*)

2. Lesung: „Gesetz zur **Neuordnung des Gaststättenrechts in Sachsen**“ (*Drucksache 5/4013; abgelehnt*)



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon 0351/493-5800,
Fax 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag